



MEDIENMITTEILUNG DER SP KANTON LUZERN

Luzern, 15.05.2020

Parlament darf Luzerner Bevölkerung nicht im Stich lassen

Der Luzerner Regierungsrat kündigte heute an, dass er sämtliche Vorstösse zur Bewältigung der Corona-Krise nicht dringlich an der nächsten Session behandeln will. Damit lässt der Regierungsrat breite Kreise der Luzerner Bevölkerung im Stich, welche sich teilweise existenziellen Problemen ausgesetzt sehen. Ausser der eigenen Meinung ist für Luzerner Regierung offenbar nichts dringlich. Die Anliegen zehntausender von Menschen im Kanton Luzern werden auf die lange Bank geschoben.

Für Grossunternehmen, Startups, Kindertagesstätten und die Luzern Tourismus AG wird geschaut, Lehrlinge, Menschen mit Behinderung und ihre Betreuung, Armutsbetroffene und regionale Tourismusorganisationen müssen weiter warten. Statt zuversichtlich in die Zukunft zu schauen und die Wirtschaft wieder zum Laufen zu bringen, wird der Kanton gelähmt. Die SP ruft die Mitglieder des Kantonsrats auf, die Probleme der Luzerner Bevölkerung ernst zu nehmen und die drängendsten Massnahmen am Montag zumindest zu diskutieren.

Das Argument der Regierung, dass seriöse Entscheidungsgrundlagen bezüglich Corona fehlen, sticht in zweifacher Weise nicht. So fragt sich einerseits, auf welcher Grundlage der Regierungsrat seine bisherigen Entscheide gefällt hat. Andererseits wird die Faktenlage im Juni nicht viel besser sein. «Was sich aber geändert haben wird ist die Zahl der Konkurse, der Arbeitslosen und der Menschen unter der Armutsgrenze», sagt SP-Fraktionspräsident Marcel Budmiger. Es liegt nun am Parlament Verantwortung zu übernehmen und ein klares Zeichen an die Luzerner Bevölkerung zu senden, dass sie zumindest vom Parlament gehört werden und dass wir gemeinsam und solidarisch diese Krise überstehen werden.

Kontakt:

Marcel Budmiger, Fraktionspräsident SP, 078 757 99 78